

Grußwort anlässlich des NEVAP Pflegekongresses des Niedersächsischen Evangelischen Verbandes für Altenhilfe und Pflege e.V. am 21.06.2018, OsnabrückHalle

Stadtrat Wolfgang Beckermann, Vorstand Bildung, Soziales und Kultur in Osnabrück

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Sundermann,
sehr geehrte Frau Dr. Klostermeier,
sehr geehrte Frau Prof. Dangel,
sehr geehrter Herr Dr. Wingefeld,
liebe Mitglieder des Nds. Evang. Verbandes für Altenhilfe und Pflege,
liebe ehrenamtlich Tätige,
liebe Gäste aus Nah und Fern,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen der Stadt Osnabrück und ihrer Bürgerinnen und Bürger und im Namen des Oberbürgermeisters darf ich Sie sehr herzlich in der Friedensstadt Osnabrück begrüßen.

Wir nennen uns „Die Friedensstadt“, weil hier 1648 nach langen Jahren des Verhandels der furchtbare, 30jährige Krieg beendet und der Frieden ausgehandelt und verkündet wurde. Und so widmen sich viele Institutionen und viele Veranstaltungen in Osnabrück dem Thema Frieden.

Diese Stadt hat nicht nur viel Geschichtsträchtiges zu bieten, sie ist zugleich sehr lebendig, jung und modern, wie Sie - wenn Sie als auswärtige Gäste zu uns gekommen sind - bei den ersten Stadtrundgängen vielleicht bemerkt haben.

Sicher haben Sie auch einen entspannten und geselligen „Osnabrücker Abend“ in den gastlichen Räumen des Diakoniestiftes am Westerberg verbracht. So hoffe ich, dass Sie alle sich bei uns wohlfühlen und uns bald einmal wieder mit Ihrem Besuch beehren!

Meine verehrten Damen und Herren, der Niedersächsische Evangelische Verband für Altenhilfe und Pflege beschäftigt sich mit einem sehr ernsten und sehr herausfordernden Thema, nämlich mit der

Pflege - mit der Pflege von Menschen, die sich nicht mehr in allen Belangen ihres täglichen Lebens helfen können und die deshalb auf Unterstützung in den unterschiedlichsten Formen angewiesen sind.

Als für den sozialen Bereich zuständiger Vorstand eines Oberzentrums, der die Funktion eines Sozialhilfeträgers wahrnimmt, möchte ich aus meiner Sicht, aus Osnabrücker Sicht vier Kernprobleme ansprechen, die sich um das Thema Pflege ranken.

Da gilt es, die Pflegebedürftigkeit als ein Armutsrisiko wahrzunehmen, da drängt sich die Frage der Finanzierbarkeit in den Vordergrund.

Das Problem der fehlenden Fachkräfte will gelöst werden und es muss eine Kommunikation mit den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen über die Möglichkeiten zur Bewältigung der beschwerlichen Lebenssituation stattfinden.

Meine Damen und Herren, bis zu Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 war die Bezahlung der Pflege Sache derer, die es sich leisten konnten, ansonsten waren die Träger der Sozialhilfe gefragt und – bezogen auf den häuslichen Bereich – die Krankenkassen.

Die Leistungen der Pflegerversicherung haben – im stationären Bereich erst ab Juli 1996 – zumindest in Teilen dafür gesorgt, dass sowohl bei den Betroffenen als auch bei den Kommunen eine gewisse Entlastung eintrat.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zahl derer, die für die Bezahlung ihrer Pflege weiterhin auf öffentliche

Leistungen – in diesem Falle Leistungen der Sozialhilfe – angewiesen waren, blieb nach wie vor sehr hoch.

Das hat sich bis heute nicht geändert. Dafür sorgen schon steigende Kosten und die demographische Entwicklung.

Der Gesetzgeber hat es hingenommen, dass die Pflegeversicherung dieser Entwicklung im Laufe der Jahre wenig entgegenzusetzen hatte.

So vergingen von der Einführung der sozialen Pflegeversicherung gute 13 Jahre, bis erstmalig im Jahr 2008 überhaupt relativ moderate Anpassungen der Leistungen – sowohl inhaltlich als auch finanziell – erfolgten.

Erst mit dem Pflegestärkungsgesetz II hat der Gesetzgeber im Jahre 2017 für durchaus grundlegende Veränderungen gesorgt.

Mit Blick auf die finanziellen Auswirkungen für die Betroffenen bleibt die soziale Pflegeversicherung aber nach wie vor nur die vielzitierte Teilkaskoversicherung zur Abdeckung des Risikos von Pflegebedürftigkeit.

Das Risiko, durch Pflegebedürftigkeit zu verarmen besteht also heute genauso wie vor 20 oder 30 Jahren.

Bezogen auf die stationären Pflegeeinrichtungen in der Stadt Osnabrück, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ist dieses Risiko schon für mehr als ein Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner bittere Realität geworden, denn um ihren Pflegeplatz zu bezahlen sind ca. 35 % von ihnen auf ergänzende Leistungen der Sozialhilfe angewiesen (Stand Mai 2018).

Dabei wissen wir nicht, ob die übrigen 65% der Bewohnerinnen und Bewohner ihren Pflegeplatz auf Dauer finanzieren können, ob die Hilfe von Angehörigen vielleicht demnächst ausbleibt oder ob die nächste Pflegesatzerhöhung vielleicht das Aus bedeutet.

Und insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das „Armutrisiko Pflege“ nur für die Menschen kein Risiko, die tatsächlich auf Dauer durch ausreichendes Einkommen oder entsprechendes Vermögen ohne

jegliche Unterstützung auskommen.

Wenn man sich Gedanken über das Thema „Pflege“ macht, dann sind mit diesen Gedanken unweigerlich und ganz schnell auch die Begriffe „Geld“ und „Finanzierung“ verbunden.

Das fängt an bei den Pflegekassen und Sozialämtern, mit denen Sie in mühseligen Gesprächen am Verhandlungstisch Ihre Pflegsätze aushandeln und endet bei den Angehörigen, die – das zeigt die tägliche Arbeit in unserem Fachbereich Integration, Soziales und Bürgerengagement – unbedingt die Frage geklärt wissen wollen, was sie denn dazuzahlen müssen, wenn Vater oder Mutter Sozialhilfe benötigen.

Und dabei werden sie auch ganz häufig von Existenzängsten geplagt.

Die Fragen der Finanzierung von Pflege, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, waren in der Vergangenheit immer die, um die es in erster Linie ging und an denen sicherlich das Eine oder Andere auch gescheitert ist.

Diese Fragen werden auch in Zukunft eine gewichtige Rolle spielen und sie müssen gesamtgesellschaftlich geklärt werden!

Die Pflege, meine Damen und Herren, hat aber seit einiger Zeit ein ganz anderes Problem: es fehlt an den Menschen, die tagtäglich „Pflege leisten“, die die Pflege an den pflegebedürftigen Mann, an die pflegebedürftige Frau bringen.

Wir sind inzwischen soweit, meine sehr verehrten Damen und Herren, - und das muss ich Ihnen ja eigentlich gar nicht erzählen – das Einrichtungen und Dienste die Aufnahme von Bewohnern oder Neukunden verweigern, weil ihnen das Personal fehlt oder aber z. B. Fachkraftquoten nicht eingehalten werden können.

Das man nicht sofort einen Pflegeplatz in einer stationären Einrichtung findet, ist nun nichts unbedingt Neues und im Übrigen durchaus auch regional unterschiedlich.

Das aber pflegebedürftige Menschen in ihrer eigenen Häuslichkeit nicht mehr versorgt

werden können, weil es am entsprechenden Personal fehlt, das ist neu und es ist besorgniserregend. Unsere Gesellschaft, meine Damen und Herren, hat ein massives Problem!

Was können wir tun? Die bundespolitischen Initiativen mit zunächst 8.000 und später 13.000 neuen Stellen in der Pflege sind eine Reaktion auf die Gegebenheiten, aber angesichts von weit über 200 fehlenden Kräften allein hier in unserer noch überschaubaren Region muss die Frage gestellt werden, ob das nicht wesentlich zu kurz gegriffen ist.

Andererseits: Wer soll die Stellen besetzen, wenn es keine Interessenten, keine geeigneten Bewerber gibt?

In Anbetracht dessen muss man natürlich den Pflegeberuf attraktiver machen, wobei in erster Linie daran gedacht wird, diese Attraktivität durch eine bessere Entlohnung zu steigern. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist sicherlich ein richtiger und wichtiger Schritt, denn ich denke, dass die Pflegeberufe in Deutschland angesichts dessen, was geleistet werden muss, nicht adäquat bezahlt sind.

Eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte ist aber aus meiner Sicht nur einer der Schritte, die gegangen werden müssen.

Der Beruf des Altenpflegers/der Altenpflegerin ist einer der herausforderndsten, die man in unserer Gesellschaft ergreifen kann. Das, was diese Menschen leisten, ist ganz häufig Schwerarbeit, geschieht mit und am betreuungsbedürftigen Menschen, und greift dadurch tief wie kaum eine andere in die persönliche Sphäre der Betroffenen ein.

Das heißt, es braucht bei der Ausübung dieses Berufes Charaktereigenschaften, die Sie mit Geld nicht einkaufen können.

Es braucht Überzeugung, in diesem Beruf unterwegs zu sein, es braucht Herz und ganz viel Empathie für die Situation pflegebedürftiger Menschen.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind finanzielle Anreize nur eine Seite der Me-

daille. Denn was nützt es Ihnen als Arbeitgeber und – vor allem – was nützt es den Betroffenen, wenn sie von Menschen gepflegt werden, die diesen Beruf nur wegen des Geldes ergriffen haben?

Gar nichts nützt es, meine Damen und Herren, so etwas führt häufig zu Stress, Unfrieden und - schlimmstenfalls – zu schlechter Pflege.

Und deshalb, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ist es m. E. neben den angesprochenen finanziellen Anreizen mindestens genauso wichtig, das gesellschaftliche Bewusstsein hinsichtlich der Anerkennung der Leistungen der Pflegerinnen und Pfleger zu schärfen und ihr Ansehen zu verbessern.

Natürlich hat es – wie schon ausgeführt - in der jüngsten Vergangenheit in den Medien zahlreiche Berichte und Veröffentlichungen zur Situation in der Pflege gegeben.

Aber: Hat es in unserer Gesellschaft einen Aufschrei gegeben ähnlich dem, den es gegeben hat und den es noch gibt, nur weil wir möglicherweise mit unserem geliebten Diesel nicht mehr in die Innenstädte fahren dürfen?

Nein, nach meiner Wahrnehmung hat es den nicht gegeben. Woran liegt das?

Liegt das daran, dass die etwa 96 % unserer Gesellschaft, die nicht pflegebedürftig sind, das Thema verdrängen und ganz offensichtliche Notwendigkeiten nicht erkennen oder gar ignorieren, vielleicht auch deshalb, weil sie nicht betroffen sind?

Vieles deutet darauf hin, denn diese persönliche Betroffenheit spielt natürlich eine große Rolle. „Pflegenotstand? Interessiert mich nicht, ich bin ja gesund“.

Aber nochmals – eine Bewusstseinsänderung ist notwendig und sie muss in erster Linie auf die gesellschaftliche Anerkennung der Pflegeberufe gerichtet sein.

Die Aussage „Ich bin Altenpfleger/Altenpflegerin“ darf nicht ein mitleidiges Achselzucken sondern muss Respekt und Anerkennung zur Folge haben.

Das gilt umso mehr für die jungen Menschen, die sich entscheiden, diesen Beruf zu ergreifen.

Denn wenn man sich das Ranking der beliebtesten Ausbildungsberufe 2017 ansieht, dann findet man dort unter den ersten 25 Plätzen nur zwei Berufe, die mit dem Gesundheitswesen zu tun haben – und der des Altenpflegers/der Altenpflegerin ist nicht dabei.

Das zeigt also Handlungsbedarf. Neben der notwendigen Sensibilisierung der Gesellschaft ist es natürlich unbedingt erforderlich, den Beruf des Altenpflegers/der Altenpflegerin attraktiver zu machen und Arbeitsbedingungen zu verbessern; hier ist der Gesetzgeber gefordert.

Wenn - wie ich kürzlich lesen durfte – junge Menschen sich für die Ausbildung zum Pflegeassistenten/zur Pflegeassistentin entscheiden und im Rahmen dieser Ausbildung nicht einmal entlohnt werden, dann ist das ganz eindeutig der falsche Weg, gleichzeitig aber auch Beleg dafür, dass man mit relativ einfachen Mitteln dafür sorgen kann, die Arbeit in der Pflege für junge Leute interessant zu machen.

Lassen Sie mich noch das Thema Kommunikation ansprechen:

Die Pflegestärkungsgesetze II und III haben fraglos den Leistungskatalog des SGB XI – aber auch den des SGB XII in der Sozialhilfe – erweitert und den Betroffenen höhere und weitergehende Leistungen zugesprochen.

Kontakt:
Stadtrat
Wolfgang Beckermann
Vorstand Bildung, Soziales, Kultur
Allgemeiner Vertreter der Oberbürgermeisters
Stadt Osnabrück
Rathaus, Markt
49074 Osnabrück
☎ +49 541/323-2108
☎ +49 541/323-2704
E-Mail: beckermann@osnabrueck.de

Das ist ausdrücklich zu begrüßen.

Solchen Reformen ist es allerdings sehr häufig immanent, dass das zur Anwendung kommende gesetzliche Regelwerk immer komplizierter und undurchsichtiger wird.

Menschen, die erstmalig mit Fragen zur Pflege konfrontiert sind, stehen häufig vor scheinbar unüberwindlichen Hürden.

Es besteht ein erheblicher Beratungsbedarf; das werden Sie in Ihren Einrichtungen und Diensten feststellen, das stellen die Pflegekassen und nicht zuletzt auch die Kommunen in ihrer täglichen Arbeit fest.

Die Stadt Osnabrück hat sich deshalb dazu entschlossen, einen Pflegestützpunkt einzurichten.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass dieser Kongress dazu beiträgt, diese vielen drängenden Fragen und Probleme ein Stück weit der Klärung zuzuführen.

Ich wünsche Ihnen deshalb einen interessanten Meinungsaustausch und einen erfolgreichen Tagungsverlauf!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit